

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Localblatt für Wilsdruff.

Altammeberg, Birkenhain, Blankenstein, Braunsdorf, Burt, ardiswalde, Croitzsch, Grumbach, Grund bei Mohorn, Helbigsdorf, Herzogswalde mit Sandberg, Hühndorf, Kaufbach, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lambsdorf, Limbach, Losen, Mohorn, Müllitz-Koitzschen, Münzig, Neukirchen, Neutanneberg, Niederwartha, Oberhermsdorf, Rohrsdorf, Röhrsdorf bei Wilsdruff, Roitzsch, Rothschönberg mit Perne, Sachsdorf, Schmiedewalde, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach bei Mohorn, Seeligstadt, Spechtshausen, Taubenheim, Unkersdorf, Weistropf, Wildberg.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 Mk. 54 Pf. Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens mittags 12 Uhr angenommen. — Insertionspreis 15 Pfg. pro viergespaltene Korpuszeile.

Verlag und Verlag von Martin Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion Martin Berger hiesig.

No. 135.

Sonnabend, den 14. November 1903.

62. Jahrg.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 15. bis 29. dieses Monats ist der
4. Termin städtische Anlagen
an die Stadtsteuerannahme zu entrichten, wobei die

Einquartierungs-Vergütungen

gegen Abgabe der Quartierbescheinigungen mit in Anrechnung gebracht werden können. Nach Ablauf der geordneten Zahlungsfrist erfolgt gegen Säumige die Einleitung des Mahn- eventuell Zwangsvollstreckungsverfahrens.
Wilsdruff, am 13. November 1903.

Der Stadtrat.
Kahlenberger.

Vom sächsischen Landtag.

Zusammengetreten ist in der abgelaufenen Woche der neugewählte sächsische Landtag; er wurde am Donnerstag mittags nach den vorangegangenen ersten Geschäftssitzungen der beiden Kammern von Sr. Majestät dem König Georg im Dresdner Residenzschloß mit folgender Thronrede eröffnet: Meine Herren Stände! Ich habe Sie zusammenberufen, damit Sie mit Meiner Regierung von neuem die Arbeiten übernehmen, welche nach verfassungsmäßiger Ordnung für die sämtlichen Angelegenheiten des Landes zu erledigen sind und heiße Sie von Herzen willkommen.

Als ich Sie das legte Mal um Mich versammelt sah, da standen wir unter dem Eindrucke des schweren Verlustes, der Mich und Mein Haus, Mein Volk und Mein Land durch den Heimgang Meines heißgeliebten Bruders, des unvergesslichen Königs Albert, betroffen hatte.

Innerhalb der trübem verlaufenen kurzen Spanne Zeit ist manches leidende Gewölke über Mein Haus hinweggezogen. Ich weiß mich mit Meinen getreuen Untertanen einig in der festen Zuversicht auf den Beistand des Allmächtigen, der auch bei den schwerlichsten Heimjuchungen Rat und Hilfe schafft.

Mit freudiger Genugung hat es Mich erfüllt, daß es Meiner Armee vergönnt gewesen ist, bei den diesjährigen Manövern die huldvolle Anerkennung Seiner Majestät des Kaisers zu erwerben. Ich bin gewiß, daß die Armee, Unser aller Stolz, eingebend ihrer tapferen Vergangenheit, wie bisher so auch in Zukunft würdig ihren Platz inmitten der deutschen Wehrmacht ausfüllen wird.

Das wirtschaftliche Leben des Landes hat noch während geraumer Zeit der ihrem Ende zuneigenden Finanzperiode unter dem auf der Erwerbstätigkeit ruhenden Drucke gestanden, wie er sich im ganzen Deutschen Reiche und darüber hinaus auf das empfindlichste bemerkbar gemacht hat. Zu Meiner lebhaften Befriedigung wehren sich jedoch die Anzeichen dafür, daß wenigstens auf den Gebieten des Handels und zahlreicher Industriezweige die schwersten Zeiten des Druckes als überwunden gelten können. Die Landwirtschaft liegt noch immer danieder. Es wird nach wie vor das ernsteste Bestreben Meiner Regierung sein, das Gedeihen auch dieses hochwichtigen Zweiges der vaterländischen Volkswirtschaft zu fördern.

Ich bin Ihrer Zustimmung sicher, wenn ich mit Meiner Regierung die Erhaltung eines wohlgeordneten und innerlich gefestigten Zustandes der Landesfinanzen fortgesetzt als eine der vornehmsten und bedeutungsvollsten Aufgaben des Staatslebens ansehe.

In dem Staatshaushalte für die nächsten beiden Jahre burste, bei aller Vorsicht der Aufstellung, die Besserung der Verhältnisse, wie sie sich auch in den allmählich wieder ansteigenden Eisenbahn-Einnahmen bemerklich macht, in Anschlag gebracht werden.

Ist es hierdurch, sowie durch das Bemühen Meiner Regierung, die Ausgaben auf das Notwendigste zu beschränken, möglich geworden, einen ernstlichen Anfang mit denen seit längerer Jahren der außerordentlichen Staatshaushalte zu finden, so zeigt insofern der diesmalige Staatshaushaltplan im Vergleich mit dem Etat der Vorperiode eine Wendung zum Besseren. Aber der Wunsch, eine erhöhte Schuldenentlastung eintreten zu lassen, muß vorläufig noch unerfüllt bleiben. Ebenso hat zurzeit noch darauf verzichtet werden müssen, den außer-

ordentlichen Etat grundsätzlich auf Ausgaben für rein produktive Zwecke zu beschränken. Ich gebe gern der Hoffnung Raum, daß es gelingen möge, in den nächsten Perioden auch denjenigen Zielen näher zu kommen, die bei der diesmaligen Staatsaufstellung noch nicht zu erreichen waren. Zu diesem Zweck bedarf es mehr denn je der Übung einer verständigen wirtschaftlichen Sparsamkeit in allen Zweigen der Staatsverwaltung und der Staatsbetriebe, sowie der Zurückhaltung in der Uebernahme neuer Ausgaben auf die stark angepannten Mittel des Landes. Ich würde es mit Dank zu erkennen haben, wenn die hierauf gerichteten unablässigen Bemühungen Meiner Regierung überall im Lande bereitwillige Aufnahme und wirksame Unterstützung fänden.

Das Bestreben, die Zuschüsse zum Betriebe der im Jahre 1886 vom Staate angekauften Erzbergwerke bei Freiberg nach und nach bis zu ihrer Deckung durch die Ueberlässe der Hütten herabzumindern, hat sich immer mehr als aussichtslos erwiesen, da die Hüttenerträge ebenfalls fortwährend sinken. Der Fortbetrieb der Gruben legt dem Lande so namhafte Geldopfer auf, daß die völlige Einstellung des fiskalischen Erzbergbaues binnen bestimmter Frist in das Auge gefaßt werden muß, so schwer dies im Hinblick auf den reichen Segen, den Sachsen in früheren Zeiten seinem Bergbau zu verdanken hatte, Meinem landesväterlichen Herzen fällt. Um die Interessen der Beteiligten nach jeder Richtung tunlichst zu schonen und zugleich mit Rücksicht auf die fiskalischen Hütten, ist für die Durchführung des Abbrüstungsplanes ein zehnjähriger Zeitraum in Aussicht genommen. Wegen der Bergbegnadigungsgelder wird Ihnen eine besondere Gesetzesvorlage zugehen.

Die Ihnen zu unterbreitenden Gesetzesentwürfe über die Oberrechnungskammer und über den Staatshaushalt sind dazu bestimmt, einer erhöhten Ueberwachung und zugleich der größtmöglichen Sparsamkeit in der Staatswirtschaft zu dienen. Zu diesem Zwecke sollen die über die Staatshaushaltskontrolle bestehenden Vorschriften neu geregelt und die Grundsätze über die Aufstellung und Ausführung des Etats normiert werden.

Der gegenwärtige Zustand der finanziellen Beziehungen zwischen dem Reiche und den Bundesstaaten ist von Meiner Regierung schon seit geraumer Zeit als auf die Dauer unhaltbar und einer Reform dringend bedürftig anerkannt worden. Das Ergebnis der Verhandlungen, die neuerdings zwischen den Organen des Reiches und den Vertretern der Regierungen der verbündeten Staaten, darunter auch der Meinigen, stattgefunden haben, berechtigt zu der Erwartung, daß in absehbarer Zeit dem jetzigen, für das Reich wie für die Bundesstaaten gleich abträglichen Zustande durch eine Verständigung der gesetzgebenden Faktoren ein Ziel werde gesetzt werden.

Nachdem die Entwicklung des Staatssteuerwesens zu einem gewissen Abschlusse gediehen ist, hat Meiner Regierung in Uebereinstimmung mit den mehrfachen aus der Mitte der Ständeversammlung ihr entgegengebrachten Anregungen eine eingehende Prüfung des Gemeindeabgabewesens für unerlässlich gehalten. Eine diesbezügliche Vorlage wird dem Landtage zugehen. Die bei Handhabung des Gesetzes vom 23. März 1896, die ärztlichen Bezirksvereine betreffend, gemachten Erfahrungen und die dabei gewonnene Ueberzeugung, daß dieses Gesetz in verschiedenen Punkten einer Abänderung bedürftig sei, haben Anlaß zu einer Umarbeitung des Gesetzes gegeben und wird Ihnen ein dementsprechend fertiggestellter Gesetzesentwurf zur verfassungsmäßigen Beratung unterbreitet werden.

Wenn im vergangenen Landtage, sowie auch sonst Wünsche nach Aenderung des Wahlrechtes zur 2. Kammer der Ständeversammlung verlaubar worden sind, so hat Meine Regierung sich bereits unmittelbar nach Schluß des letzten Landtages veranlaßt gefunden, die Frage wegen Umgestaltung dieses Wahlrechtes, wie es im Gesetz vom 28. März 1896, die Wahlen für die 2. Kammer der Ständeversammlung betreffend, geordnet ist, in eingehende Erwägung zu ziehen und wird Ihnen über das Resultat dieser Erwägungen eine entsprechende Mitteilung in Form einer Denkschrift zugehen.

So mögen Sie denn, Meine Herren Stände, Ihr Werk unter des Himmels gnädigem Beistande beginnen und zum Wohle des Landes vollenden.

Politische Rundschau.

Vom Kaiserhofe. Das am Donnerstag über das Befinden des Kaisers ausgegebene Bulletin lautet: Neues Palais den 12/11. Seine Majestät der Kaiser hat gestern wegen des scharfen Windes seinen Spaziergang ausgegeben. Die Heilung der Wunde nimmt ihren regelmäßigen Verlauf. Das allgemeine Befinden ist andauernd gut. Bez. v. Leuthold, Schmidt, Ilberg.

Die abgelaufene Woche hat als bemerkenswertesten Vorgang auf dem Gebiete der inneren Politik die am 12. November vollzogenen Urwahlen zum preussischen Landtage gezeitigt. Die vorangegangene Wahlbewegung trug infolge des selbständigen Eingreifens der sozialdemokratischen Partei in die Wahlkampagne und weiter auch infolge des teilweise aufgetretenen Gegenzuges speziell zwischen den Konservativen und den Nationalliberalen einen etwas lebhafteren Charakter wie in früheren Jahren, trotzdem sind aber schwerlich besondere Ereignisse von den diesmaligen preussischen Landtagswahlen zu erwarten. Vereinzelt interessante Ueberraschungen sind hier und da eben hauptsächlich des selbständigen Auftretens der Sozialdemokratie wegen in Wahlkampfe allerdings nicht ausgeschlossen. Im Großherzogtum Baden haben die Abgeordnetenwahlen zur zweiten Kammer stattgefunden, ihr Ergebnis entspricht dem Ausfalle der Urwahlen. Mitin setzt sich die neue badische Volksvertretung wie folgt zusammen: 25 Nationalliberale (bisher 24), Zentrum 23 (23), Demokraten 5 (5), Sozialdemokraten 6 (6), Freisinnige 2 (2), Antisemiten 1 (1). Das Ergebnis der Abgeordnetenwahl in dem bislang nationalliberal vertretenen Wahlkreis Eberbach-Büchen steht noch aus.

Zur Lage in dem aufständischen Gebiete Deutsch-Südwestafrikas teilt endlich eine Depesche des dortigen Gouverneurs mit, daß Hauptmann von Stopp mit einer kleinen Abteilung der Schutztruppe am 1. November Warmbad erreicht, und die Stationsvorräte in Takt gefunden hat. Seltamerweise gibt aber diese Mitteilung keinerlei Aufschluß über das Schicksal der kleinen Garnison und der deutschen Besatzung von Warmbad. Die Vornahme größerer Operationen auf dem Schauplatze der Unruhen wird wegen der schwierigen Wasser- und Weidewerhältnisse als gegenwärtig unmöglich bezeichnet.

Der Awileka-Prozess vor dem Berliner Schwurgericht geht noch immer weiter. Zum Abschluß gelangt ist am Mittwoch der militärische Sensationsprozess vor dem Meyer Kriegsgericht gegen den bisherigen Leutnant Bille vom Forbacher Trainbataillon, welcher angeklagt war, seine Vorgesetzten und Kameraden durch seinen Roman „Aus einer kleinen Garnison“ beleidigt zu haben. Der Angeklagte wurde zu sechs Monaten Gefängnis und Dienstentlassung verurteilt.

Die Aufnahme von Handelsvertragsverhandlungen